

**Rede
des Fraktionssprechers für Rechts- und
Verfassungsfragen**

Ulf Prange, MdL

zu TOP Nr. 10

Erste Beratung

**Aktionsplan „Wir sind Niedersachsen. Für
Zusammenhalt. Gegen Rassismus.“ retten - mit dem
Bundesprogramm die Zivilgesellschaft in
Niedersachsen stärken**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/8340

während der Plenarsitzung vom 27.01.2021
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich hoffe, dass wir uns alle hier im Haus darüber einig sind, dass wir jede Form von Rassismus, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit verurteilen und dass sich Landtag, Landesregierung und Zivilgesellschaft dem entgegenstellen müssen.

Gewalt, Extremismus, Rassismus, Antisemitismus sind eine ernste Gefahr für unsere Gesellschaft und unsere Demokratie. Hier braucht es entschiedenes Handeln.

Wir haben heute Morgen die Ansprache der Frau Präsidentin im Rahmen der Gedenkstunde gehört, in der sie auch noch einmal sehr deutlich gemacht hat, wie sich die aktuelle Entwicklung in Deutschland darstellt. Ich will hier auch die sogenannte Querdenkerbewegung ansprechen und bin Gabriele Andretta sehr dankbar für die deutlichen Worte, die sie heute Morgen gefunden hat.

Hier besteht ein großer Handlungsbedarf. Es gibt eine Radikalisierung in unserer Gesellschaft, und wir müssen alle gegenhalten.

Ich freue mich vor diesem Hintergrund, dass es auf der Bundesebene gelungen ist, den Maßnahmen-katalog zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus auf den Weg zu bringen, der - Frau Kollegin Menge hat es gesagt - auch hier in Niedersachsen Auswirkungen dergestalt hat, dass wir erwarten können, dass Mittel auch nach Niedersachsen fließen, mit denen wir unsere gemeinsamen Anstrengungen, was dieses Thema angeht, noch verstärken können. Die SPD-Fraktion begrüßt, dass dies in Berlin gelungen ist.

Der Aktionsplan war bereits Bestandteil einer Fragestunde im letzten Jahr. Frau Justizministerin Havliza hatte begründet, warum der Aktionsplan zunächst einmal nicht fortgeführt wird. Dabei ging es um Haushaltsgründe, die jetzt schon verschiedentlich angeklungen sind. Dabei ging es aber auch darum, dass parallel zu den Planungen für den Aktionsplan das Bündnis „Niedersachsen hält zusammen“ angeschoben worden ist, was gerade im Kontext der Corona-Krise die Demokratie ebenfalls stärken soll. Das war - so habe ich es verstanden - maßgeblich dafür, abzustimmen, wo es Überschneidungen gibt, und die beiden Aktivitäten der Landesregierung noch besser zu verzahnen.

Wir als SPD-Fraktion wissen um die Erwartungen von vielen. Die Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe ist angesprochen worden, die zivilgesellschaftlichen Vertreter des Praxisbeirates sind angesprochen worden. Viele Akteure sprechen aber auch uns an, und auch wir als SPD haben die klare Erwartung, dass wir an diesem Thema weiterarbeiten.

Liebe Susanne Menge, Sie haben mich vorhin zitiert. Wir kennen uns ja aus Oldenburg. Ich bin nun einmal Optimist. Bevor der Haushalt nicht beschlossen ist, werde ich nicht klein beigeben. Wir haben uns darum bemüht, dass wir an dieser Stelle weiterarbeiten. Sie wissen, das Thema ist mir wichtig, aber es ist auch meiner Fraktion wichtig.

Auf der anderen Seite, Herr Dr. Genthe, will ich hier aber auch dem Eindruck entgegentreten, dass sich die Große Koalition mit dem Thema nicht beschäftigt hat.

Ich glaube, dass es uns in dieser Legislaturperiode gelungen ist, insbesondere bei allen diesen Extremismusphänomenen, insbesondere auch beim Antisemitismus, wo wir einen großen Anstieg der Fallzahlen und Straftaten zu verzeichnen haben, einiges auf den Weg zu bringen. Ich will den Antisemitismusbeauftragten und die Mittel zum Schutz von jüdischem Leben in Niedersachsen nennen, die der Landtag hier mit breiter Mehrheit beschlossen hat. Ich will den Opferschutzbeauftragten ansprechen, der für alle Opfer von Straftaten zur Verfügung steht - ein wichtiges Instrument, das natürlich auch ein wichtiges Angebot für Opfer rechter Gewalt und Rassismus und Antisemitismus ist.

Mit der politischen Liste beim letzten Haushalt haben wir die Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Bekämpfung von Hasskriminalität auf den Weg gebracht. Frau Ministerin hat mit diesem Haushalt die Stellen nicht nur verstetigt, sondern auch noch aufgestockt. Wir müssen natürlich immer über Prävention reden. Aber gerade wenn es um schwere Straftaten geht - es sind Halle und Hanau genannt worden -, geht es natürlich auch um Repression. Wir haben die Strafjustiz und die Staatsanwaltschaften zielgenau für den Bereich der Phänomene von Menschenfeindlichkeit und Extremismus gestärkt.

Mein Kollege von der CDU hatte eben schon das Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte angesprochen, das beim LPR angesiedelt ist. Dort gibt es die Erhöhung um 250 000 Euro, für die wir uns auch sehr stark eingesetzt haben, sodass dort nun 1,4 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Dort sind die Aktivitäten von fünf Ministerien gebündelt, und es gibt ganz unterschiedliche Angebote. Maßnahmen, die gut sind, wollen wir weiterentwickeln. In diesem Sinne habe ich den Aktionsplan auch immer verstanden. Das ist aber sicherlich etwas, woran wir noch weiter arbeiten müssen.

Ich will abschließend sagen, dass wir über die politische Liste zum Haushalt 2021 weitere Mittel zur Stärkung der Demokratie in unserem Land zur Verfügung gestellt haben. Wir haben einen Block gebildet und Erhöhungen insbesondere auch bei der politischen Bildung vorgenommen, die unglaublich wichtig ist, um Demokratie auch in die Köpfe der jungen Menschen zu bringen und bei ihnen eine Identifizierung mit unserem demokratischen Gemeinwesen zu erreichen.

Zusammenfassend kann man also festhalten, dass wir in dieser Legislaturperiode vieles erreicht haben, dass aber natürlich auch weiterhin Anstrengungen erforderlich sind. Lassen Sie uns daran gemeinsam arbeiten! Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss.

Vielen Dank.